

Gescheiterte Verhandlungen mit Griechenland

Am letzten Freitag ging die letzte reguläre Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der parlamentarischen Sommerpause zu Ende. Auch wenn nicht alle Entscheidungen des Kabinetts auf unsere ungeteilte Zustimmung stoßen, kann die SPD zufrieden auf das Erreichte in diesem ersten Halbjahr zurückblicken. Mehr dazu auf der letzten Seite dieses Newsletters.

Die Lage in Griechenland aber konnte bis heute nicht verbessert werden. Im Gegenteil! Als die Regierung Tsipras gewählt wurde, hatte ich große Hoffnungen. Sie war die erste Regierung, die ernsthafte Veränderungen z.B. bei der Steuerflucht hätte durchsetzen können, da sie, anders als die sozialdemokratischen oder konservativen Vorgängerregierungen nicht in Korruption verstrickt ist. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Auch bei den Verhandlungen in Brüssel ließen die griechischen Partner - nach allem, was wir in der SPD Fraktion erfahren haben - Zuverlässigkeit vermissen.

Richtig ist, dass in der Vergangenheit zu wenig auf die Menschen in Griechenland Rücksicht genommen wurde und auch das Wirtschaftswachstum nicht immer im Fokus der Forderungen stand. Richtig ist aber auch, dass ohne tiefgreifende Reformen (auch dem Aufbau eines staatlichen Sozialsystems) keine nachhaltigen Verbesserungen möglich sind.

Es ist eine sehr schwierige Lage, in die Griechenlands Premier Tsipras seine Landsleute aber auch die gesamte EU da gebracht hat. Wir sind mit dem griechischen Volk solidarisch! Es ist bedrückend die Menschen in langen Schlangen vor den geschlossenen Banken stehen zu sehen. Und wenn es zum schlimmsten kommt werden wir den Griechen und Griechinnen helfen, sollte das Szenario einer humanitären Notlage tatsächlich eintreten.

Einer politischen Erpressung aber, die den Grundgedanken von Reformen gegen Finanzhilfen außer Kraft setzt, darf nicht erfolgreich sein. Sie würde allen schaden; Europa vor allem aber Griechenland selbst.